

Bach, Stefan

Article

Wie heilsam ist die Griechenland-Krise?: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan (2010) : Wie heilsam ist die Griechenland-Krise?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 18, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151952>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wie heilsam ist die Griechenland-Krise?

von Stefan Bach*

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Staatsbankrotts. Die Folgen der Finanz- und

Wirtschaftskrise haben viele Staatshaushalte in eine beträchtliche Schieflage gebracht. Akut bedroht sind Länder, die stark von der Krise getroffen sind, von Kapitalimporten abhängen und bisher schon hohe Haushaltsdefizite und Staatsschulden hatten. Allen voran Griechenland, das zudem seine Bilanzen gefälscht hat, unter tätiger Mithilfe der internationalen Finanzindustrie.

Wenn *too big to fail* schon für Großbanken gilt, dann gilt es erst recht für ein Land der Eurozone mit Staatsschulden von 300 Milliarden Euro, die großteils im Ausland untergebracht wurden. Eine unkontrollierte Staatspleite Griechenlands würde erhebliche Verwerfungen auf den internationalen Kapitalmärkten auslösen, Länder wie Portugal und Spanien mitreißen und den Euro destabilisieren. An kurzfristigen Krediten durch den IWF und die Euro-Staaten, wie sie am vergangenen Wochenende beschlossen wurden, führt also kein Weg vorbei. Not kennt kein Gebot. Die *No Bailout-Klausel* der Europäischen Verträge verbietet das auch nicht ausdrücklich.

In jedem Fall sollten die europäischen Finanzspritzen ebenso wie die IWF-Hilfen als vorrangige Kredite vergeben und mit klaren Sanierungsaufgaben verbunden werden. Die bisherigen Gläubiger Griechenlands sollten durch Umschuldungen an der Rettung beteiligt werden. Im Extremfall sollte auch eine moderate Abwer-

tung der griechischen Staatsschulden von beispielsweise 20 Prozent nicht tabu sein, die zurzeit auf den Kapitalmärkten bereits eingepreist ist. Den europäischen Steuerzahlern ist es eher zuzumuten, einzelne Banken gezielt zu rekapitalisieren, als Griechenland dauerhaft zu finanzieren.

Der griechischen Bevölkerung drohen harte Zeiten. Doch bietet die Krise auch die Chance, die Sanierung des Staatssektors und Strukturreformen in Angriff zu nehmen. Längerfristig wird dadurch das Wachstum gestärkt und damit die Überschuldung entschärft. Aber kurzfristig sind negative makroökonomische Wirkungen und soziale Verwerfungen kaum zu vermeiden. Das politisch zu überstehen wird eine schwierige Gratwanderung.

Nach der Lehmann-Pleite war viel von den Lehren die Rede, die jetzt gezogen werden müssen. Umgesetzt wurde davon bei der Finanzmarktregulierung bisher fast nichts. Was kann man aus der Griechenland-Krise lernen?

Die Schuldenstands- und Defizitkriterien des Europäischen Stabilitätspakts sind unerlässlich und müssen strikter eingehalten werden. Diese Regelungen sollten durch eine Art Insolvenzordnung für Staatsbankrotte ergänzt werden. Hilfskredite der europäischen Regierungen müssen mit Eingriffen in die Steuer- und Haushaltspolitik der betroffenen Länder verbunden werden sowie Umschuldungen und Abwertungen der Altschulden vorsehen. Das schont die Steuerzahler der übrigen Euro-Länder und schreckt die Finanzindustrie von zu leichtfertigen Staatskrediten ab.

* Dr. Stefan Bach ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Dr. Vanessa von Schlippenbach
Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.